

1932  
ne  
s-Gesung  
den  
März 1932  
Uhr  
Zusammen  
in 2. 10. 11.  
e 25  
um 1  
über den  
1932.  
Licht  
ferricht  
4. 10. 1. 22  
betreten.  
(-30)  
gem. Aufg.  
b. gr. 7. 9.  
1. 10. 1. 22

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Zustandort: Kutschke Dresden  
Bemerkung: Gesamtzahl: 23 241  
Aus für Postgebühren: Nr. 20011  
Schließung u. Postgebühren:  
Dresden - K. 1., Barmerstraße 25/23

Bezugspreis bei wöchentlichem Bestellen monatlich 2,50 RM, einschließlich 70 Pfg. für Zustellung, durch Postbezug 2,50 RM, einschließlich 50 Pfg. Zustellung (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7mal wöchentlichem Bestellen. Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreis: Die einspaltige 20 mm breite Zeile 25 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Zeile 200 Pfg., außerhalb 150 Pfg., abh. Zeitungszeitung 12. Zeitl. Familienanzeigen und Stellenanzeigen ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 20 Pfg. Offentlicher 20 Pfg. Wichtige Nachrichten gegen Vorauszahlung.

Redaktion: Kutschke Dresden  
Dresden, Postfach-Nr. 1068 Dresden  
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung  
(Dresden, Nachdr.) zulässig. Unentgeltlich  
Schreibweise werden nicht aufbewahrt

## Tardieus Ziel die Front gegen Deutschland

### Französische Vorbereitung für Lausanne

London, 10. März. Im Zusammenhang mit dem Zeitungsartikel des „Temps“ über die Notwendigkeit einer englisch-französischen Annäherung meldet der Pariser Korrespondent der „Times“, daß es bisher dem französischen Ministerpräsidenten Tardieu infolge seiner Arbeitsbelastung unmöglich gewesen sei, irgendwelche neuen Schritte in dieser Richtung zu unternehmen. Der offensichtlich amtlich beeinflusste Artikel des „Temps“ zeige aber, daß der Wunsch Frankreichs unverändert bestehen geblieben sei. Er werte auch ein Nicht auf die französische Auffassung von der in Genf in nächster Zeit zu vereinbarenden Europapolitik.

die hinausläufe auf eine gemeinschaftliche englisch-französische Front gegen Deutschland in Lausanne und gegen einen Angriff, der die Abänderung der Verträge bezwecke.

Als Gegenleistung für sein Nachgeben dürfe Deutschland auf eine Herabsetzung der Tribute hoffen, falls England die Vereinigten Staaten zu einer Herabsetzung der inter-alliierten Schulden überreden werde.

„Daily Mail“ entnimmt dem „Temps“-Artikel, daß Tardieu in Genf mit Sir John Simon verhandeln werde, um zu einer Einigung über die auf der Lausanner Tributkonferenz zu verfolgende Politik zu kommen. Es werde nicht leicht sein, im Hinblick auf den Kongress und den großen amerikanischen Beitrag Amerika zu einer Verlängerung des Hoover-Memorandum zu bewegen. In Bezug auf den Wunsch Frankreichs, England solle Deutschland den Mut zu Angriffen gegen die Verträge nehmen, sagt „Daily Mail“, welche deutsche Diplomaten hätten, wie Herr Kühnmann in seinem letzten Buche, ihre Verdienste darauf aufmerksam gemacht, daß diese Angriffe eine der Ursachen für Deutschlands gegenwärtige Schwierigkeiten seien, weil sie die auswärtigen Geldgeber in Zucht verfesten und zur Beunruhigung führen würden.

Der Genfer Sonderberichterstatter des „Petit Parisien“ berichtet seinem Blatt über den Eindruck, den die Denkschrift des französischen Ministerpräsidenten über den Zusammenschluß der Donauländer in den Kreisen der kleinen Entente in Genf gemacht hat. Man betont, daß der Vorstoß Tardieus lediglich dem Zwecke diene, eine Verständigung der fünf Donauländer, nämlich der Tschechoslowakei, Rumänien, Südbanien, Österreich und Ungarn, zu erleichtern. Ganz besonderen Nachdruck lege man dabei auf die Festhaltung,

daß die Einmischung eines Großstaates der Bewirklichung des Gedankens hinderlich sei,

da die gewünschte Verständigung nur auf dem Wege freundschaftlicher Uebereinkünfte unter den interessierten Staaten leicht erreicht werden könne. Der Berichterstatter des Blattes betont ferner, daß die Vorverhandlungen über die Schaffung einer Donauöderation nicht in Genf beginnen würden, sondern auf diplomatischem Wege geführt werden müßten. Erst wenn eine vorherige Verständigung zwischen den verschiedenen Ländern erreicht sei, werde man eine Sonderkonferenz einberufen. In diesem Zusammenhang wolle man in Genf der Reise des ungarischen Außenministers Walso besondere Bedeutung bei, der sich zunächst nach Rom und von dort nach Paris und London begibt, um auf dem Rückwege auch in Genf Aufenthalt zu nehmen. Der „Figaro“ glaubt zu wissen, daß die Reise des ungarischen Außenministers mit den finanziellen Schwierigkeiten Ungarns in Zusammenhang stehe und

daß die ungarische Regierung ihre endgültige Haltung gegenüber dem Vorschlage Tardieus von einer finanziellen Unterstützung abhängig mache,

die sie von der französischen Regierung fordern werde. Man mißt in der Pariser Presse außerdem einer bisher unbedeutendsten Meldung der Agentur Radio große Bedeutung bei, wonach ein neuer deutsch-ungarischer Handelsvertrag auf der Grundlage der Weizsäcker-Verträge am 13. März in Berlin unterzeichnet werden sollte. Man betont in diesem Zusammenhang, daß die Bestätigung dieser Nachricht jede Aussicht auf den Zusammenschluß der Donauländer zu nichte machen würde.

### Bulgarien verlangt Einbeziehung

Sofia, 10. März. In bulgarischen Regierungskreisen ist man sehr unangenehm davon berührt, daß Bulgarien — obwohl es ein an der Donau liegendes Agrarland ist — nicht zur Beteiligung an Tardieus Donaubundplan aufzufordern worden ist. Die Opposition wirft dem Ministerpräsidenten vor, daß Bulgarien wieder einmal isoliert und vernachlässigt worden sei. Die Presse glaubt in dem Zusammenschluß ein geeignetes Mittel zur Hebung der bulgarischen Wirtschaftslage zu sehen und arbeitet mit der Behauptung, daß Italien und England — ebenso natürlich die Tschechoslowakei — für die französischen Vorschläge seien.

Die Regierung hat ihren Pariser Gesandten beauftragt, Klärung zu erbitten und die Einbeziehung Bulgariens in den Plan zu verlangen.

Der bekannte Außenpolitiker Sakafoff hat dagegen bei der Aussprache im außenpolitischen Ausschuss den Donau-

bundplan abgelehnt, der für Bulgarien nur dann von Wert sei, wenn auch andere europäische Staaten, die für den bulgarischen Außenhandel wichtig seien — darunter Deutschland — daran teilnahmen.

### „Tardieu will zuviel“, sagt die „Times“

London, 10. März. Die „Times“ schreibt, daß der Plan einer wirtschaftlichen Donauöderation unter den jetzigen Umständen vielleicht zuviel wolle und daß es sich empfehlen dürfte, etwas bescheidener zu beginnen. Wegen einer Kollusion der beiden am schwersten in Mitleidenschaft gezogenen Donauländer Österreich und Ungarn zum Beispiel könne man seinen vernünftigen Einwand geltend machen. Wenn eine solche Kollusion an und für sich noch keine große Besserung bringen werde, so würde sie immerhin ein Anfang sein, durch den der Kern eines internationalen Freihandelsgebietes geschaffen würde. Wenn jedoch der Plan bestimmt sein sollte, Österreich an engeren Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland zu verhindern, dürfte er wohl schon aus diesen Gründen für Wien unannehmbar sein. Für die Tschechoslowakei würde der Ausschluss Deutschlands den Verlust eines seiner besten Kunden bedeuten.

### Das Vermächtnis von Versailles

Newark, 10. März. „Gerald Tribune“ bezeichnet Tardieus Donauplan als ein Projekt, das die Voraussetzungen einer wirtschaftlichen Wiederherstellung des ehemaligen Österreich-Ungarns zur Grundlage habe und den alten Wirtschaftsräumen ohne die politischen Schwächen dieses Gebietes neu schaffen wolle. Das Projekt gerate jedoch schon in seinen Anfängen wieder in jene Schwierigkeiten, denen bisher jeder Versuch begegnete, mit dem geographischen Vermächtnis von Versailles etwas Vernünftiges zu beginnen. Versailles habe die Wirtschaft der Welt geköpft. Die Folgen davon machten sich leider nur zu deutlich bemerkbar. Eine Umkehr habe sich bisher als unmöglich erwiesen.

### Diskontsenkung der Bank von England

London, 10. März. Die Bank von England hat heute ihren Diskontsatz von 5 auf 4% herabgesetzt. Der Satz von 5% war seit dem 18. Februar 1932 in Kraft.

## Der japanische „Bund des Todes“

### Die Hintergründe der politischen Morde in Tokio

London, 10. März. Die „Times“ bringt Enthüllungen ihres Berichterstatters in Tokio über die Hintergründe der jüngsten politischen Morde in Japan. Sie berichtet, daß die japanischen Behörden auf die Spuren einer geheimnisvollen Organisation gekommen seien, die sich „Bund des Todes“ nennt. Die beiden Mörder des ehemaligen Finanzministers Inoué und des Barons Takuma Dan gehörten diesem politischen Geheimbunde an, in dem, wie die japanische Polizei erklärt, unerfahrene junge Leute dazu überredet worden seien, für die Sache der Religion und der Vaterlandsliebe politische Attentate zu begehen.

Das Erbeiden der Bande ist jetzt durch die Aussagen eines ihrer Angehörigen namens Aurofawa, der sich freiwillig der Polizei meldete, aufgedeckt worden.

Der „Bund des Todes“ erhielt, wie der Bericht der „Times“ sagt, seine Waffen vom Bruder eines buddhistischen Priesters und einem japanischen Marineflieger. Der Priester hatte auf der Londoner Konferenz den Marineflieger kennengelernt und mit ihm, der die gleichen Ideen hatte, wie er selbst, den Grundstock zur Organisation des Geheimbundes gelegt. In Japan schloß sich den beiden ein Schulmeister an, der bei der ländlichen Bevölkerung für die Organisation warb. Der buddhistische Priester suchte unter den Gläubigen Anhänger. Der Marineflieger fand bei den Kämpfen um Shanghai am 5. Februar den Tod.

Vier Tage später erschloß eines der Mitglieder des Bundes den früheren Finanzminister.

Einen Monat darauf wurde von einem anderen Angehörigen der Geheimorganisation der Baron Takuma Dan getötet. Die Polizei schandete nach dem Priester und dem Lehrer. Sie hat bereits zwei Politiker verhaftet, die dem „Bund des Todes“ nahe gestanden haben.

### Deutsche Interessen in China

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 10. März. Der „Matin“ verbreitet heute die Meldung, daß Deutschland den Chinesen eine 20-Millionen-Gold-Dollar-Anleihe gewährt habe, um sich Einfluss

### Polen wünscht ein Ostlokarne

Warschau, 10. März. Das Blatt der polnischen Regierung, „Gazeta Polska“, weist an leitender Stelle darauf hin, daß in der Königsberger Presse die östpreussische Bevölkerung für den Fall des Eindringens polnischer Truppen in Ostpreußen zur Abwehrbereitschaft aufgefordert werde. Dieser von der östpreussischen Presse erhobene Värm erinnere sehr, schreibt das polnische Blatt, an das bekannte Sprichwort von dem Dieb, der auf der Flucht am lautesten „Halte den Dieb!“ schreie. Es gebe viel zu denken, daß seitens der Reichsregierung dieser „Vägenpropaganda“ nicht durch eine einlässige Nichtbeachtung ein Ende bereitet worden sei. Hier möchte man den deutschen Patrioten den Abschlus eines Riktanarilispaktes zwischen Polen und dem Deutschen Reich vorschlagen. Man könnte sogar weitergehen und sich die gegenwärtige Grenze garantieren. Es sei nicht zu zweifeln, daß die polnische Regierung zu einem derartigen Vorstoß tatächlich bereit sei. Wie würde daraufhin die Antwort ausfallen?

Die Antwort ist von Deutschland oft genug dahin gegeben worden, daß die sinnlose, wibernatürliche Grenzziehung im Osten, die „blutende Grenze“, die deutsches Volkstum vergewaltigt, zusammengehörige Wirtschaftsgebiete auseinanderreißt und Ostpreußen vom Reich trennt, niemals als endgültige Lösung betrachtet werden kann. Es bedeutete ein Aufgeben des deutschen Lebensrechtes, wenn Deutschland einem Ostlokarne zustimmen wolle. Die Beunruhigung in Ostpreußen wird einzig und allein durch die politischen Stimmungen hervorgerufen, die immer wieder die Einverleibung Ostpreußens in Polen fordern. Man hat noch nichts davon gehört, daß die polnische Regierung solche Deter zur Ordnung gerufen hätte. Erst jüngst hat ein polnischer aktiver General in der freien Stadt Danzig erklärt, er werde eher nach Königsberg in Uniform, als noch einmal nach Danzig in Zivil kommen. Was sagt die Regierung in Warschau dazu?

### Polnische Kanonenboote im Danziger Hafen

Danzig, 10. März. Am Mittwoch sind zwei polnische Kanonenboote in den Danziger Hafen eingelaufen. Die Mannschaften der beiden Kriegsschiffe gingen in Danzig an Land, wozu sie allerdings auf Grund der bestehenden Bestimmungen zur Zeit noch berechtigt sind. Trotzdem ist das polnische Vorgehen unter den obwaltenden Umständen und besonders angesichts der ablehnenden Danziger Haltung gegenüber polnischen Flottenbesuchen nichts anderes als eine bewusste Herausforderung und politische Taktlosigkeit.

### Banditenüberfall auf General Honscho

Mukden, 10. März. Nach einer Meldung der japanischen Nachrichtenagentur wurde der Sonderzug, in dem der japanische Oberbefehlshaber General Honscho nach der Teilnahme an den Felerikshelken aus Anlauf der Einhebung des vormaligen Kaisers Puvi als Herrscher der Wandschurt von Tschangtschun nach Mukden zurückkehrte, von etwa 300 berittenen Banditen angegriffen. Einer herbeigeleiteten Abteilung japanischer Truppen gelang es, die Angreifer zu vertreiben.

### Gesetz gegen die Expresser in Amerika

Washington, 10. März. Offenbar unter dem Eindruck der Einführung des Lindbergh-Babys hat das Repräsentantenhaus heute zu einem energischen Schritt gegen das Expresserunwesen in den Vereinigten Staaten entschlossen und ein Gesetz angenommen, das die Abwendung von Drohbrieffen zu einem Verbrechen gegen den Bund erklärt, das mit 20 Jahren Gefängnis und 5000 Dollar Geldbuße zu bestrafen ist.